

Probleme des Aufwachsens: Arbeiter-Jugend in der Bundesrepublik Deutschland

Nach einem stetigen Abwärtstrend seit dem Jahr 1991 ist aktuell noch etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands jünger als 27 Jahre. Nach dem bisherigen Tiefststand im Jahr 2013 ist die junge Bevölkerung seit 2014 absolut und seit 2015 auch bezogen auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung wieder leicht angestiegen. Grund für den Zuwachs ist in erster Linie die hohe Zuwanderung. Rein zahlenmäßig nimmt die Bedeutung junger Menschen in Deutschland seit Längerem ab.

„Dass junge Menschen die Zukunft seien, hört man oft. Immer häufiger gilt jedoch: Ohne reiche Eltern sind viele Lebensperspektiven von vorneherein verbaut. Für die Entwicklung junger Menschen sind daher die richtigen Rahmenbedingungen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten unerlässlich. Diese müssen gesellschaftlich garantiert und finanziert werden, damit insbesondere Kinder und Jugendliche aus Arbeiterhaushalten und solche mit Migrationshintergrund gleichwertige Chancen bekommen.

Zahlreiche Schwimmbäder, Sportplätze und Jugendzentren wurden bereits geschlossen. Freizeitangebote gibt es nur noch, wenn sie Profite versprechen. Das Gegenteil wäre nötig: Wiedereröffnung und Instandsetzung von öffentlichen Freizeiteinrichtungen und -angeboten für alle Jugendlichen.

Jugendlichen muss der Zugang zu einer umfassenden Bildung und damit auch zur Hochschule ermöglicht werden. Neben einer permanenten Auslese ist vor allem die Finanzierung eines Studiums die größte Hürde. Die meisten Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um ihr Leben zu finanzieren. Ständig steigende Mieten und die Wohnungsknappheit verschärfen diese Situation. Der Großteil der Absolventen verlässt die Universität mit Schulden.

Viele Jugendliche finden keinen betrieblichen Ausbildungsplatz und werden in Warteschleifen abgeschoben. So wird ihnen ein Start ins Berufsleben verweigert. Die meisten Auszubildenden bekommen eine Ausbildungsvergütung, die nicht für ein elternunabhängiges Leben reicht. Diese Situation nutzen die Kriegstreiber für sich aus. Die DKP ist gegen Propagandaveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen. Kriegshandwerker haben in der Schule nichts zu suchen!

Damit junge Menschen ihre Interessen durchsetzen können, braucht es mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir fordern eine umfassende Demokratisierung und Gestaltungsmöglichkeiten für junge Menschen! Neben einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre müssen vor allem wirksame und umfängliche Interessenvertretungen in Schule, Universität und Betrieb eingerichtet werden.“¹

Kinder und Jugendliche leben mit Risiken

10 Prozent der Kinder und Jugendlichen wachsen in einem Elternhaus auf, in dem weder der Vater noch die Mutter erwerbstätig sind. 11 Prozent wachsen in Familien auf, wo weder Vater noch Mutter eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. 19 Prozent aller jungen Menschen sind von Armut bedroht. Ein Fünftel der 14- bis 19-Jährigen und etwa ein Viertel der 20- bis 24-Jährigen sind von Armut betroffen. Haushalte von Allein-erziehenden sind zu über 40 Prozent von Armut bedroht. In Ostdeutschland leben beinahe

¹ Sofortprogramm der DKP für Nordrhein-Westfalen, Essen u. Leverkusen 02. 11. 2016

doppelt so viele Familien von ALG II als im Westen, d.h. 28 Prozent aller Unter-18-Jährigen haben schlechte Start-Chancen, weil sie von mindestens einer Risiko-Lage betroffen sind. Das sind immerhin 3,7 Millionen Kinder und Jugendliche.

So hängt der Bildungserfolg immer noch maßgeblich vom Elternhaus ab. Soziale Ungleichheiten werden durch regionale Schief lagen noch einmal verschärft.

Im frühkindlichen Bereich sind Unter-3-Jährige mit Migrationshintergrund bzw. aus Elternhäusern mit niedrigen Schulabschlüssen weniger oft in den Angeboten der Kindertagesbetreuung zu finden. Auch nehmen diese Kinder seltener an non-formalen Bildungsangeboten im Vorschulalter teil und weisen zu höheren Anteilen einen vorschulischen Sprachförderbedarf auf, der teils auch mit einer verspäteten Einschulung einhergehen kann. Die Kitas können den Ausgleich herkunftsbedingter Benachteiligungen in der Regel nicht leisten: Dies ist Anlass, sich mit der Personalausstattung, der Qualifikation des Personals, der Größe und Zusammensetzung der Gruppen zu beschäftigen.

Ausbildung und Arbeitsmarkt

Für eine kostenlose Ausbildung und Lernmittelfreiheit: Am Anfang der Ausbildung steigen im Regelfall die eigenen Kosten. Noch ist das erste Gehalt nicht da und das ist für Miete, Fahrkarte und Lebensmittel eingeplant. Und als ob es nicht schon knapp genug wäre, verlangt auch die Berufsschule, dass man sich die Bücher kauft, die pro Stück um die 40 Euro kosten, Kopiergeld zahlt und am besten noch „Kleinigkeiten“ wie Taschenrechner usw... Da kommt einiges an Kosten zusammen, schnell sind 200 € erreicht. Übernommen werden die Kosten selten von den Betrieben. Und wer keinen Ausbildungsbetrieb hat, weil die Ausbildung schulisch ist, bekommt noch nicht mal eine Ausbildungsvergütung um die Kosten zu zahlen. Doch Bildung ist ein Grundrecht und muss kostenfrei sein. Die Betriebe profitieren von den Auszubildenden als billige Arbeitskraft, daher sollten sie auch für die gesamten Kosten der Ausbildung aufkommen.²

Längst nicht alle jungen Menschen, die sich für eine Berufsausbildung entscheiden, finden auch einen Platz: Zwar hielten sich im letzten Jahr die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen und der Bewerber mit je knapp 548.000 die Waage (Bundesinstitut für Berufsbildung). Doch nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) blieben 81.000 Bewerber ohne eine Stelle. Auch, weil viele Betriebe nur nach Abiturienten suchen, womit Haupt- und Realschüler gerade in der Industrie und im Bankenwesen das Nachsehen haben. Hinzu kommt: Rund 270.000 junge Menschen sind derzeit im Übergangssystem, machen Praktika, Kurse und so weiter – ohne letztlich eine Ausbildung zu beginnen. Fast die Hälfte der Jugendlichen in der „Warteschleife“ hat einen Hauptschulabschluss.

Ungleiche Chancen auf Ausbildung: Zwischen 2005 und 2014 erhöhte sich bei AusländerInnen die Quote derer, die ins duale System einmünden, von 27 auf 36 Prozent, beim Zugang ins Schulberufssystem nur von 13 auf 17 Prozent, während die Quote im Übergangssystem von 60 auf 47 Prozent sank. Die Differenzen zu den deutschen Neuzugängen bleiben dennoch beträchtlich. Deren Quote im dualen System stieg auf 53 Prozent und im Schulberufssystem auf 23 Prozent, im Übergangssystem sank sie auf 24

² SDAJ, Für eine kostenlose Ausbildung und Lehrmittelfreiheit, Hamburg 01. August 2016

Prozent. Dies signalisiert eine mehr als doppelt so hohe Chance deutscher Jugendlicher gegenüber ausländischen auf eine voll qualifizierende Ausbildung.

Etwa 6 Prozent der jungen Menschen der 20- bis 25-Jährigen sind weder in Bildungs- oder Ausbildungsverhältnissen noch erwerbstätig. Für viele junge Menschen in Deutschland ist der Start in die Berufstätigkeit mehr als holprig. Der Übergang in die ökonomische Selbstständigkeit dehnt sich für sie zeitlich deutlich aus und reicht teilweise bis weit in das Erwachsenenalter hinein. Hinzu kommt ein steigendes Prekariat von Arbeitsverhältnissen. So sind Jugendliche und junge Erwachsene häufiger befristet und mit niedriger Entlohnung beschäftigt als andere Altersgruppen. Zugleich ist das durchschnittliche Lohnniveau unter jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sehr niedrig. Dies liegt einerseits an Ausnahmeregelungen vom Mindestlohngesetz, andererseits daran, dass junge Erwachsene häufiger als andere Altersgruppen atypisch beschäftigt sind. Junge Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt insgesamt im Nachteil. 7,8 Prozent der 15- bis 24-Jährigen sind offiziell arbeitslos. Bei den 25- bis 64-Jährigen sind dies nur 4,7 Prozent.

Der Blick nach Europa zeigt, dass 15,4 Prozent der jungen Generation in Europa nicht zur Schule gehen und keinen Ausbildungsplatz oder Beruf haben. Dieses Schicksal trifft rund 14 Millionen junge Menschen.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat mit den Zahlen zum Ausbildungsstellenmarkt für den Monat März zum ersten Mal offiziell in diesem Jahr die aktuellen Ausbildungszahlen veröffentlicht.

Bis Ende März haben insgesamt 410.868 junge Menschen die BA bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz eingeschaltet. Dies sind minimal mehr (+0,1 Prozent) als im Vorjahresmonat. Die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland unterscheidet sich dabei: Die Zahl der gemeldeten BewerberInnen ist in Ostdeutschland um 1,5 Prozent gesunken, in Westdeutschland gab es einen Anstieg von 1,0 Prozent.

Den BewerberInnen standen bundesweit 442.163 bei der BA gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber (davon 435.737 betriebliche Ausbildungsplätze). Dies ist ein Anstieg um 1.247 Ausbildungsplätze (+0,3 Prozent) im Vergleich zum Vorjahresmonat. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass sich die positive Entwicklung des Jahres 2016 in diesem Jahr nicht fortsetzt.

Nachdem 2016 das in der Allianz für Aus- und Weiterbildung vereinbarte Ziel von 20.000 mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen erreicht wurde, weisen die neuen Zahlen auf eine Stagnation beim Ausbildungsangebot hin. Gleichzeitig muss jedoch gesagt werden, dass diese ersten Zahlen im Jahr nur eine sehr eingeschränkte Aussagekraft besitzen: Erst am Ende des Berufsberatungsjahres wird man einschätzen können, wie sich die Lage am Ausbildungsstellenmarkt über das gesamte Jahr 2017 tatsächlich entwickelt hat.

Trotz dieses positiven Trends verdeutlichen die ersten Zahlen aber auch die oftmals schwierige Situation vieler Ausbildungsinteressierter: Die BA zählt 33.538 BewerberInnen im alternativen Verbleib ("Bewerber mit Alternative zum 30.9.") und weitere 56.455 "andere ehemalige Bewerber" als versorgt, obwohl diese eigentlich eine Ausbildung beginnen wollen. Sie haben der BA angezeigt, dass sie eine Alternative zum Beginn einer Ausbildung hätten, halten ihren Vermittlungsauftrag trotzdem aufrecht. Die BA zählt sie also als versorgt, obwohl sie es nicht sind. Zusammen mit den offiziell als unversorgt zählenden BewerberInnen haben damit deutschlandweit 336.363 gemeldete BewerberInnen bisher noch keinen Ausbildungsplatz bekommen. Demgegenüber stehen

momentan 275.808 unbesetzte Ausbildungsstellen. Damit fehlen allein für die registrierten BewerberInnen rein rechnerisch noch weitere 60.555 Ausbildungsstellen – und selbst dann würde noch kein auswahlfähiges Angebot vorliegen.

Darüber hinaus werden noch immer viele junge Menschen in Maßnahmen im Übergangsbereich zwischen Schule und Beruf vermittelt - laut Schnellmeldung von März 2017 (Statistisches Bundesamt 2017) 298.800 junge Menschen im Jahr 2016 - obwohl die meisten von ihnen nur einen Ausbildungsplatz und keine Maßnahmen benötigen.

Ein deutlicher Anstieg, der sich teilweise durch mehr junge geflüchtete Menschen erklären lässt, die in Sprachkursen auf eine Ausbildung vorbereitet werden. Und noch immer hatten im vergangenen Jahr 1,95 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren keinen qualifizierenden Berufsabschluss - das sind 13,4 Prozent der Altersgruppe.

Diese Zahlen zeigen: Bund, Länder und Sozialpartner müssen wieder gemeinsam die duale Berufsausbildung stärken. In der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben sich die Allianz-Partner genau dies vorgenommen. Beim genauen Blick auf den Anstieg der betrieblichen Ausbildungsplätze zeigt sich aber, dass viele "neue" Plätze gar nicht neu sind, sondern jetzt neu bei der BA gemeldet wurden.

Wenn man bedenkt, dass die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in 2016 mit 520.332 gleichzeitig einen Tiefstand erreicht hat, kommen diese neuen Ausbildungsplätze offenbar nicht bei den jungen Menschen an. Grund dafür ist die seit Jahren andauernde Bestenauslese. Das Abitur und der mittlere Schulabschluss sind zur Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt geworden, junge Menschen mit einem Hauptschulabschluss haben dagegen kaum noch eine Chance auf einen direkten Einstieg in die Ausbildung – nur 45 Prozent schaffen diesen direkten Einstieg.

Deshalb fordern wir auch im Blick auf die Weiterentwicklung der Allianz für Aus- und Weiterbildung: Junge Menschen brauchen ein Recht auf Ausbildung. Die Betriebe dürfen nicht nur über den vermeintlichen Fachkräftemangel und Akademisierungswahn klagen, sie müssen endlich mehr ausbilden.

Die anhaltende Ablehnung von HauptschülerInnen im Bewerbungsverfahren um einen Ausbildungsplatz muss ein Ende haben. Wir brauchen deshalb dringend eine gesetzliche Ausbildungsplatzgarantie. Damit sichergestellt ist, dass alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen auch einen Ausbildungsplatz bekommen.

Die DKP fordert daher

- Ausbildungsplätze schaffen, Ausbildungsvergütungen anheben, keine Ausbildung ohne Ausbildungsvergütung, Übernahmegarantie nach erfolgreicher Ausbildung und wirksame Kontrolle gegen gesetzeswidrige Ausbildungsbedingungen sowie Lernmittelfreiheit.
- eine 10 Prozent-Ausbildungsquote für Großbetriebe und eine Ausbildungsabgabe – Wer nicht ausbildet soll zahlen.

Flüchtlinge

Junge Geflüchtete brauchen eine verlässliche Perspektive – viele stecken aber in der Perspektiv-Krise, weil Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Arbeit erschwert sind. Junge Geflüchtete erleben Intransparenz in Bezug auf die eigene asylrechtliche Situation, den Stand des Verfahrens und die eigenen Rechte. Sie wissen nicht, ob sich ihre Integrationsanstrengungen lohnen. Insbesondere geflüchtete Mädchen nehmen kaum am sozialen Leben teil. Zugleich sehnen sie sich nach Begegnungsräumen mit deutschen Jugendlichen. Geflüchtete sind einer hohen Gefahr ausgesetzt, Opfer von Straftaten zu

werden. Einen besonderen Belastungsfaktor stellen die situativen und räumlichen Konstellationen in den Erst-aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften dar. Hier sind Schutzkonzepte in den Einrichtungen gegenüber Gewalt mehr als dringlich. Flüchtlinge werden zudem in einem stark ansteigenden Ausmaß Opfer rechtsextremer Gewalttaten. So stiegen die Straftaten gegen Asylunterkünfte innerhalb eines Jahres von 95 auf 345 an.

Finanzierung der Kommunen

Chancen dürfen nicht abhängig von der Kassenlage der Kämmerer sein: Unabhängig vom Wohnort müssen Kinder und Jugendliche bundesweit überall gleiche Chancen haben. Heute unterscheiden sich die Pro-Kopf-Ausgaben der Kommunen für die Kinder- und Jugendhilfe enorm: zwischen 1.105 bis 3.280 Euro pro Jahr.

Kitas

Qualitätsoffensive bei den Kitas: Ziel muss es sein, in den Kitas eine spürbare Verbesserung der Erziehung, Bildung und Betreuung zu erreichen. Der Ideal-Schlüssel: 0 bis 1 J.: 1 zu 2 1 bis 2 J.: 1 zu 3 2 bis 3 J.: 1 zu 4 3 bis 6 J.: 1 zu 9

Bessere Finanzierung der Kita-Betreuung: Die OECD gibt hierfür eine Orientierung: 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sollen für die frühkindliche Bildung ausgegeben werden. Dazu fehlen derzeit allerdings rund 13 Milliarden Euro pro Jahr. Derzeit werden 24,6 Milliarden Euro pro Jahr für die Kita-Betreuung bundesweit ausgegeben.

Mehr Personal ist notwendig: Allein für die Leitungsebene fehlen umgerechnet 21.800 Vollzeitkräfte in Deutschland. Würde man sie einstellen, würden die Personalkosten bundesweit um jährlich bis zu 1,3 Milliarden Euro ansteigen. Das entspricht in etwa 5 Prozent der öffentlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung.

Zu wenig Zeit für Führungsaufgaben: Für Erziehung, Bildung und Betreuung, für Personal, Budget und Elterngespräche fehlt den Leitungskräften durchschnittlich etwa die Hälfte der dafür eigentlich notwendigen Zeit. Wie viele Stunden der Kita-Leitung für die Führungsaufgaben zur Verfügung stehen, ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Fast 11 Prozent der deutschen Kitas haben überhaupt keine zeitlichen Ressourcen für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben. Davon betroffen sind vor allem kleinere Einrichtungen. Jeder vierten Kita mit weniger als 40 Plätzen steht keinerlei Zeit für Leitung und Verwaltung zur Verfügung.

Keine Zeit fürs Kita-Management: Nur 15 Prozent der mehr als 51.000 Kitas in Deutschland bieten genug Zeit fürs „Kita-Management“: Die Empfehlung: Jeder Kita – unabhängig von ihrer Größe – sollten 20 Stunden pro Woche für Führungsaufgaben zur Verfügung stehen. Für jedes rechnerisch ganztags betreute Kind sollten zusätzlich 0,35 Stunden wöchentlich hinzukommen, um die Mehrarbeit bei einer wachsenden Kita-Größe bewältigen zu können. Das bedeutet: In einer Kita mit 30 Kindern hätte eine Leiterin 30,5 Wochenstunden, um mit Eltern und externen Partnern zusammenzuarbeiten oder am Kita-Konzept zu feilen.

Große regionale Unterschiede machen bundesweite Standards notwendig: Überhaupt keine zeitlichen Ressourcen für Leitungs- und Verwaltungsaufgaben haben in Bremen 28

Prozent der Kitas, in Sachsen-Anhalt und Thüringen hingegen nur knapp 1 Prozent. Und während in Hamburg jede zweite Kita die empfohlene Zeit fürs „Kita-Management“ erfüllt, erreichen in Thüringen nur 3 Prozent der Kitas den empfohlenen Wert. Nicht viel besser ist die Lage in Sachsen-Anhalt (4 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (5 Prozent) und Bayern (6 Prozent). NRW liegt mit 15 Prozent im Mittelfeld.

Die Kita als Ort der Integration wird zu wenig genutzt. Grund: Den Eltern ist es kaum bewusst, dass sie die Möglichkeit haben, einen Kitaplatz zu nutzen. Integration beginnt nicht erst in der Schule.

Deshalb ist es notwendig, ...

- die Eltern offensiv in ihrer Heimatsprache zu informieren und bei ihnen für den Kitabesuch zu werben.
- die Zahl der Kitaplätze deutlich zu erhöhen – im Idealfall sollte allen der 120.000 Unter-6-Jährigen Flüchtlingskindern ein Kitaplatz angeboten werden können.
- Flüchtlingskindern Ganztagsplätze anzubieten. Ihnen stehen heute lediglich Halbtagsplätze zu, wenn die Eltern nicht berufstätig sind.

Kinder- und Jugendhilfe für alle Geflüchteten: Die Kinder- und Jugendhilfe muss selbstverständlicher Bestandteil der Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte werden, sie muss alle jungen Geflüchteten und ihre Familien erreichen. Angebote für junge Familien, Elternbildung, offene Kinder- und Jugendarbeit und soziale Dienste müssen allen Flüchtlingen selbstverständlich offenstehen.

Die DKP fordert daher

- den kostenlosen Besuch der Kitas für alle und den Ausbau der Plätze.
- die Einstellung von 10.000 zusätzlichen LehrerInnen.
- die Einstellung von 10.000 zusätzlichen ErzieherInnen.

Bildungsungleichheit

Zur Bildungsungleichheit und sogenannten *Teilhabeisiken* stellt der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fest: „Während generationale und regionale Ungleichheiten in den Lebenslagen junger Menschen erst in den letzten Jahren (wieder) zum Gegenstand von Analysen werden und erst in Ansätzen untersucht sind, bildet die enge Kopplung von Herkunftsfamilie und Bildungserfolg in der Bundesrepublik Deutschland einen seit längerem gut dokumentierten Befund.“

So haben sich mit dem allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus durch den Erwerb höherer allgemein- und berufsbildender Qualifikationen Ungleichheiten zwischen Angehörigen verschiedener sozialer Schichten nicht stark verringert. Bildungsbezogene Mobilität als Egalisierung von Bildungschancen war vor allem zwischen 1950 und 1970 zu beobachten. Während in einigen Regionen höher qualifizierende Schulen schon durch die zunehmende Zweigliedrigkeit (Dreigliedrigkeit, wenn man die Förderschulen mitdenkt) vermehrt auch Lernende aus nichtakademischen Elternhäusern aufnehmen,

ergibt sich historisch gesehen insbesondere für die Schulform der Hauptschule eine Homogenisierung der Schülerschaft mit Blick auf den Sozialstatus. So bestehen insgesamt bis heute für Kinder von Eltern mit niedrigen eigenen Qualifikationen deutlich geringere Chancen des Erwerbs höherer Schul- und Berufsabschlüsse.

Auffällig ist dabei neben den anhaltenden Ungleichheiten im Erwerb von Bildungsabschlüssen auch die anhaltende Schlechterstellung der Kinder aus Einwandererfamilien und selbst zugewanderten jungen Menschen. Auch wenn die Bildungsbeteiligung und der Kompetenzerwerb von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im vergangenen Jahrzehnt deutlich angestiegen sind, bestehen immer noch massive Disparitäten, die vor allem eng an den sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie geknüpft sind. In entsprechenden Befunden spiegelt sich die ethnische Unterschichtung der deutschen Gesellschaft, die durch die anhaltend hohe intergenerationale Reproduktion von Bildungsungleichheit auf Dauer gestellt wird. Aber nicht nur das deutsche Bildungssystem ist durch eine starke Reproduktion von herkunftsabhängiger Bildungsungleichheit geprägt, auch im Bereich des Zugangs zu Erwerbstätigkeit und in der ökonomischen Verselbstständigung zeigt sich ein intergenerationaler Transfer von Teilhabechancen und Exklusionsrisiken. So belegen verschiedene Analysen, dass junge Menschen, deren Eltern zeitweise arbeitslos waren, selbst häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind und auch Armutsrisiken der Kinder einkommensarmer Eltern sind deutlich erhöht.

Die intergenerationale Reproduktion von Bildungschancen und Teilhaberrisiken kennzeichnet das Bildungssystem ebenso wie den Arbeitsmarkt und den Bedarf an Transferleistungen in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit sind junge Menschen aus Familien unterer sozialer Schichten in ihren Prozessen der Qualifizierung und Verselbstständigung Risiken ausgesetzt, die mit Erwerbslosigkeit oder Einkommensarmut verbunden sind.³

Strukturelle Barrieren im Bildungssystem

[...] Hingegen sind institutionelle Barrieren und Selektionsprozesse im Bildungssystem als Mechanismen der Diskriminierung und Benachteiligung bestimmter sozialer Gruppen erst in den letzten zehn bis 15 Jahren verstärkt untersucht worden – hier vor allem in Bezug auf die Bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten. Dabei verweisen viele Befunde auf eine zentrale Bedeutung institutioneller Bedingungen für die Chancen auf Teilhabe – gerade im Bildungssystem. Dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungsungleichheit dabei auch mit Schließungsprozessen des allgemeinbildenden Schulsystems zusammenhängt, wird in Analysen deutlich, die zeigen, dass eine längere Zeit des gemeinsamen Lernens in der Grundschule sowie eine höhere Durchlässigkeit von Sekundarschulbildungsgängen die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg verringern.

Als strukturelle Barrieren für Kinder von Eltern mit niedrigeren Qualifikationen werden weiterhin die hohe Selektivität, die „schichttypische Verteilung auf unterschiedliche Schultypen“ und eine wenig ausgeprägte Kultur des Förderns diskutiert. Bezogen auf die

³ Am 1. Februar hat das Bundeskabinett die Stellungnahme zum 15. Kinder- und Jugendbericht beschlossen. Eine unabhängige Sachverständigenkommission hatte den Bericht mit dem Titel "Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten - Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter" im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin 01.02.2017, S. 193f.

Benachteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund wird darüber hinaus auf die Verzögerung von Bildungskarrieren, die Be-Sonderung durch Förderdiagnosen sowie auf eine fehlende Förderung und Anerkennung migrationsbedingter Mehrsprachigkeit hingewiesen. Insgesamt zeigen sich damit im Bildungswesen immer noch Formen institutioneller Diskriminierung, die im Bezug auf migrationsbezogene Phänomene des Ausschlusses auch als strukturelle Rassismen diskutiert werden müssen. Gleiches gilt darüber hinaus für den Übergang in Ausbildung und Beruf, insbesondere bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen, aber auch in non-formalen Settings, wo sich Hinweise auf ethnische Selektivität von Sportvereinen, von Institutionen des Ehrenamts oder von Angeboten bspw. der internationalen Jugendarbeit zeigen.“⁴

Gesamt- und Ganztagschule

„Für die Kinder der vermögenden Klassen gehört die Schule zur Ordnung der Dinge, ihrer Ordnung. Das gilt nicht in gleicher Weise für die Kinder aus der Arbeiterklasse, die objektiv wenig Chancen auf erfolgreiche Studien haben. „Die Gleichheit der Chancen“ entscheidet sich nach der Verteilung der Hochschuldiplome je nach sozialer Herkunft. Diese Verteilung zeigt auf eklatante Weise, dass die Chancen eines Kindes auf schulischen Erfolg viel direkter eine Funktion seiner sozialen Klasse als seiner persönlichen Talente sind. Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als bestände seine Funktion nicht darin auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind. Damit sich ein wirklicher Anspruch herausbilden kann, müssten die am meisten benachteiligten sozialen Gruppen davon überzeugt sein, dass die Ungleichheit der Chancen ein Klassenphänomen ist.“⁵

„Projekte, Ausflüge, Arbeitsgemeinschaften, organisierte Interessenvertretung, außerschulische Angebote, kurzum all das, was den Schulalltag interessanter und erträglicher macht, steht ständig im Fadenkreuz des vorgeschriebenen Leistungsdrucks“, schreibt der Schüler Janis Lindwardt in der UZ.⁶ Dies beschreibt die Situation, die durch das hektische „learning for the test“ – durch ständige benotete Vergleichsarbeiten, durch die Abschlussprüfung in der 10. Klasse, durch die Unterrichtsverdichtung beim TurboAbitur in 12 Jahren (G8) und durch das Zentralabitur eingeführt wurden.

In NRW ist ein Volksbegehren zur Bildungspolitik angelaufen. Unter dem Titel "Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: mehr Zeit für gute Bildung" wirbt die Initiative "G 9 Jetzt" für ihr Anliegen. Offenbar wollen die Gymnasialeltern mit G8 auch den Ganzttag zumindest verringern und das sogar für die Gesamtschulen verbindlich machen. Es geht nicht allein um die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren, sondern um eine konservative Wende in der Schul- und Bildungspolitik. Das Volksbegehren stellt sich gegen den Ganztagsunterricht, für den die Gewerkschaften immer gestritten haben. Propagiert wird das Familienbild der 60er Jahre, bei dem ein Elternteil am Nachmittag immer zu Hause ist. Alleinerziehende oder Eltern, die beide arbeiten und daher auf eine Ganztagschule angewiesen sind, kommen in der Welt der Initiatoren nicht vor. Die Ressourcen, die für das zusätzliche

⁴ Ebenda, S. 194

⁵ Pierre Bourdieu: Wie die Kultur zum Bauern kommt, Über Bildung, Klassen und Erziehung, Schriften zu Politik & Kultur 4, Hamburg 2001, S. 21f.

⁶ Unsere Zeit v. 28. April 2017, S. 13

Schuljahr an Gymnasien notwendig sind, sollen zum Hohn auch noch von den anderen Schulformen abgezogen werden. Die Schüler dort werden dadurch schlechter gestellt.⁷

Heute gehen erst vier von zehn Schülern (der Klassen 5 bis 10) zur Ganztagschule – das sind 2,82 Millionen. Damit die Ganztagschule ihr Versprechen hält und einen Ausgleich bei der Bildungsbenachteiligung schafft, ist es notwendig die Ganztagsangebote in einer Schulform anzubieten, die allen – unabhängig von der sozialen Herkunft – zur Verfügung steht: Der Gesamtschule, in der es kein G8 mehr gibt! Die Einrichtung von mehr Gesamtschulen mit Ganztagsangeboten mit kostenlosem und gesundem Mittagessen für alle SchülerInnen muss das Ziel sein! Es gibt viele zu viele Kinder, die regelrecht hungern, auch dies eine Wirkung der Kinderarmut.

Gesamtschulen bieten hingegen flexible Lernkonzepte und attraktive Angebote. Anstatt „Ganztagschule nach Stundenplan“ zu fahren, sollten die Wünsche und die Bedürfnisse von allen Eltern und Kindern das Programm mitbestimmen. Konkrete Erwartungen sind u.a.: eine gute Angebotsauswahl: vom Internet-Führerschein bis zu einer gezielten Berufsberatung, von Fotografiekursen zu Theater- und Musikprojekten, Kochkursen, Tanzen, Essen, das schmeckt, Zeit zum Chillen... Die Sekundarschule ist in NRW die fünfte weiterführende Schulform, die nach der vierten Klasse zur Wahl steht.

2011 entstand sie als Kompromiss aus dem politischen Streit um die Zukunft der Hauptschule und eine Ausbreitung von Gesamtschulen. Doch: Fünf Jahre später ist von dem Elan Einiges verfliegen. 117 Sekundarschulen wurden in NRW gegründet, aber die Zuwächse bei Neugründungen und Schülerzahlen stagnieren. Und auch das Versprechen kleiner Klassen wurde nur zum Teil verwirklicht. Während in ganz NRW nur sieben Prozent der Grundschüler zur Sekundarschule wechseln, sind die bereits existierenden Gesamtschulen überlaufen. Daher ist der massive Ausbau dieser Schulform mit kleinen Klassen bis maximal 20 SchülerInnen vorrangig.

Die DKP fordert daher

- eine Schule für alle! Schluss mit der frühen Auslese im Bildungssystem und dem Leistungsdruck durch G8.
- Schulen brauchen eine gute Ausstattung und ausreichend Personal.
- den Bafög-Bezug auszuweiten, zu erhöhen und voll zu finanzieren.

Die DKP fordert einen verbindlichen Ganztags-Schulbetrieb und ist gegen das sogenannte Turboabi „G 8“. Durch die um ein Jahr auf acht Jahre verkürzte Schulzeit müssen Schüler mehr pauken in weniger Zeit. Sie haben gleichzeitig weniger Zeit für Sportvereine und Freizeitaktivitäten mit Gleichaltrigen. In der Bundesrepublik wird im Allgemeinen für Bildung zu wenig ausgegeben – im Ländervergleich hat NRW mit nur 5.700 Euro pro Schüler im Jahr die rote Laterne bei den Aufwendungen. Darunter leidet auch die Integration von Kindern mit Behinderung (Inklusion⁸). Daher darf man keine Anreize für

⁷ DGB Nordrhein-Westfalen, Was die Initiative „G 9 Jetzt“ wirklich will; Düsseldorf 10.02.2017

⁸ Die Klassen „gemeinsamen Lernens“ sind zu voll. Sie sollten nicht mehr als 20 Schüler haben, aber bei 63 Prozent beträgt die Klassenfrequenz immer noch 21 bis 26 Schüler, bei 26 Prozent sogar mehr als 25 Schüler, unterdessen werden aus den Förderschulen Lehrer abgezogen und in der Folge dort die Klassenstärken erhöht. Insgesamt ist der Förderbedarf höher als vermutet, je nach Schulform unterschiedlich. Am höchsten ist er in den Hauptschulen (14,7 Prozent), am geringsten an Gymnasien. Gedeckt wird er ohnehin nicht. Vor diesem

den Wechsel von Kindern aus Förderschulen in Regelschulen schaffen, ohne dass dort die notwendigen Rahmenbedingungen sichergestellt sind. Deutlich verbessert werden muss auch die Integration von Flüchtlingskindern. Der Bedarf an Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen ist immer noch nicht gedeckt. Unterfinanziert ist auch die nachschulische Bildung in staatlichen Hochschulen und in der Berufsausbildung. In den Universitäten und Hochschulen fehlt es an Geld, sicheren Arbeitsplätzen, Demokratie und Friedensorientierung.

Die DKP fordert daher

- mehr Lehrer und kleinere Klassen.
- kostenlose Mahlzeiten in Bildungseinrichtungen.
- Schulgebäude zu sanieren und eine bessere Ausstattung des Unterrichts.

Hochschule und Forschung

Nach den Vorgaben der Bertelsmann Stiftung und ihres Ablegers „Centrum für Hochschulentwicklung“ (CHE) gab es in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen in Schule und Hochschule. Das sind Folgen des Eroberungszugs, mit dem das Großkapital sich in kolonialistischer Manier Forschung und Lehre vollständig unterzuordnen sucht. Angesichts immer größerer Finanzvolumina durch Riesenprofite und kapitalfreundliche Steuer- und Finanzpolitik suchten und suchen Investoren verstärkt nach profitablen Anlagemöglichkeiten, privatisieren und erschließen systematisch immer weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei rückt auch das Bildungswesen immer mehr ins Blickfeld. Im Zuge dessen werden Bildung und Wissenschaft, Forschung, Ausbildung und Lehre Schritt für Schritt den kurzatmigen Vorgaben der Profitmaximierung untergeordnet und in private Domänen zerlegt. Auch die in öffentlicher Hand verbleibenden Bereiche werden einer internen Ökonomisierung unterzogen und nach dem Vorbild privatwirtschaftlicher Unternehmen umgestaltet. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung des Bildungswesens öffnet den Konzernen Tür und Tor: über Drittmittelprojekte, Stiftungen und Forschungsk Kooperationen okkupieren sie öffentliche Hochschulressourcen und Forschungskapazitäten mit der Folge der Deformation der Produktivkraftentwicklung, namentlich durch die Rüstungsforschung. Die „Schuldenbremse“ für die öffentlichen Haushalte wird weitere Argumente dafür liefern, dies als unausweichlich zu postulieren.

Hochschulen gehören in staatliche Verantwortung. Die kapitaldominierten Hochschulräte und die „Diktatur der Drittmittel“ sind zu überwinden zugunsten ausreichender Finanzierung durch den Staat sowie einer demokratischen Organisation der akademischen Gremien, in denen die Hochschulmitglieder die akademischen Belange selbst regeln – unter gleichberechtigter Mitbestimmung der Studierenden und der nicht-professoralen Gruppen in allen Gremien. Wissenschaft muss der Persönlichkeitsentwicklung und der Qualifikation dienen. Die universitäre Forschung muss einen Beitrag zur Lösung der Menschheitsprobleme leisten, anstatt sie durch Forschung nach Vorgabe der Konzerne weiter zu verschärfen.

Dazu ist interdisziplinäre und internationale Kooperation erforderlich – nicht ruinöser Wettbewerb um Patente und Erstveröffentlichungen.

Dabei war der weltweite *March of Science* am 22. April ein ermutigendes Zeichen: In mehr als 600 Städten haben über den gesamten Globus verteilt Zehntausende Menschen für

Hintergrund kehren viele Schüler mit Förderbedarf wieder an Förderschulen zurück, im Schnitt drei Schüler pro Jahr und Schule. Der Personalbedarf ist generell zu niedrig angesetzt.

die Bedeutung der Wissenschaft und für eine faktenbasierte Politik demonstriert. In Deutschland kamen nach Veranstalterangaben 37.000 Teilnehmer zusammen. Die Hauptveranstaltung fand in Washington statt. Dort protestierten sie gegen Kürzungen im Wissenschafts- und Bildungsetat. Das Leugnen gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse sei ein weltweites Problem.

Die DKP fordert daher

- eine zuverlässige Finanzierung der Hochschulen durch Landesmittel.
- die Rückführung der Hochschulen zu Einrichtungen des Landes.
- die Abschaffung der kapitalorientierten Hochschulräte und eine Viertelparität in allen Hochschulgremien.
- Bundeswehr raus aus den Schulen, Universitäten und Jobmessen. Kein Werben fürs Sterben!

Kinder- und Jugendarbeit ⁹

Zwischen den Jahren 2010 und 2014 ist das Personal in der Kinder- und Jugendarbeit deutlich zurückgegangen. Verfügte dieses zentrale Feld der außerschulischen Jugendbildung vor zehn Jahren noch über mehr als die Hälfte des Personals im Vergleich zu den Hilfen zur Erziehung, ist es inzwischen nur noch ein Drittel.

Während für einen Großteil junger Menschen die Jugendphase immer länger wird und viele erst mit Ende 20 materiell selbstständig sind und ihren Platz in der Gesellschaft gefunden haben, führen fiskalische Überlegungen allzu häufig dazu, dass Leistungen der Heimerziehung mit Eintritt in die Volljährigkeit abrupt beendet werden. Dies gefährdet den Erfolg bisheriger Jugendhilfemaßnahmen gerade für eine besonders belastete Gruppe junger Menschen und ist volkswirtschaftlich unsinnig, weil Probleme junger Menschen nicht entlassen, allenfalls in andere Leistungssysteme und sei es in die Wohnungslosenhilfe abgeschoben werden können.

Die DKP fordert daher

- ein kostenloses NRW-Ticket für SchülerInnen, Studierende und Auszubildende.
- Kultur- und Freizeitmöglichkeiten zu erhalten und auszubauen.
- den Ausbau der Mitbestimmung für junge Menschen.
- die Einstellung von 10.000 zusätzlichen Sozialarbeiterinnen.
- die Aufstockung der Ausgaben für die berufliche Qualifizierung von Erwerbslosen, für Umschulungen etc. um 400 Millionen Euro pro Jahr.

Wolfgang Reinicke-Abel, Köln 10. Mai 2017

⁹ Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Deutscher Kinder- und Jugend(-hilfe) MONITOR 2017, Berlin / 16. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag Düsseldorf 28.-30. 03. 2017